

Antwort auf die Anfrage von Marvin Oppong zur Einschätzung der Münchner Sicherheitskonferenz

Im Vorfeld seiner Studie „**Ausverkauf des Journalismus? – Medienverlage und Lobbyorganisationen als Kooperationspartner**“ (Arbeitspapier Nr. 21 der Otto Brenner Stiftung) wurde ich von dem Journalisten Marvin Oppong nach meiner Einschätzung der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) befragt. Oppong hatte vom MSC-Sprecher, Oliver Rolofs die Auskunft erhalten, die MSC verfolge „*keine eigenen*“ politischen Interessen und sei „*absolut regierungs- und parteiunabhängig*“. Rolofs zufolge sei die MSC eine „*neutrale Plattform für einen unabhängigen Gedankenaustausch zu aktuellen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik*“. Zu dieser Eigendarstellung der MSC bat Oppong mich um meine Einschätzung.

Antwort **Thomas Mohr** (Vorsitzender der Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e.V) vom 01.02.2016:

„Insbesondere die Behauptung, die Münchner Sicherheitskonferenz verfolge keine eigenen politischen Interessen erscheint mir nicht überzeugend. Seitdem der ehemalige Staatssekretär und Botschafter Wolfgang Ischinger im Jahr 2008 von der Bundesregierung mit der Leitung der Münchner Sicherheitskonferenz beauftragt wurde, nutzt er diesen Status, um als gefragter Sicherheitsexperte in den Medien seine politischen Statements zu verbreiten. Insbesondere scheint es ihm wichtig, dass für die deutsche Bevölkerung Auslandseinsätze der Bundeswehr immer mehr zur Selbstverständlichkeit werden. Es ist wenig glaubwürdig, dass dieser politische Standpunkt ihres Leiters nicht auch Programm und Außenwirkung der Sicherheitskonferenz selbst prägen.

Formal ist die Konferenz sicher regierungs- und parteiunabhängig. Allerdings wollen die wichtigen Teilnehmer – wie Ischinger es einmal im Gespräch mit der Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e.V. formulierte – über das sprechen, wonach sie hinterher bei ihren Pressekonferenzen gefragt werden. Damit scheint mir der thematische Spielraum des Konferenzleiters, der diese hochrangigen Politiker als Teilnehmer seiner Konferenz halten will, weitestgehend auf Tagespolitik und politischen Mainstream eingeschränkt. Jeder macht seinen Job – und das heißt bei einem Verteidigungsminister oder einem NATO-Generalsekretär eben, dass sie die Notwendigkeit von Militär und zusätzlichen Rüstungsausgaben betonen. Neues Denken – Friedenslogik statt Sicherheitslogik – kann auf der Konferenz somit kaum Platz finden.

Unter Ischinger hat sich die Sicherheitskonferenz die Rechtsform einer Stiftung (als gemeinnützige GmbH) gegeben. Dies könnte – in Verbindung mit der wachsenden Rolle von Sponsoren aus der Privatwirtschaft – einen Schritt zu etwas mehr wirtschaftlicher und politischer Eigenständigkeit der Sicherheitskonferenz gegenüber der Bundesregierung darstellen, möglicherweise allerdings um den Preis, stattdessen stärker die Interessen der Sponsoren berücksichtigen zu müssen.

Als „Neutrale Plattform“ kann die Münchner Sicherheitskonferenz aus meiner Sicht nur eingeschränkt bezeichnet werden. Es ist kaum vorstellbar, dass der politische Standpunkt des Konferenzleiters und die Interessen der Geldgeber (deutsche Bundesregierung und diverse internationale Wirtschaftsunternehmen) bei der Auswahl der Teilnehmer und bei der Themensetzung keine angemessene Berücksichtigung finden sollten. Vielmehr scheint es eine Verbundenheit in dem gemeinsamen Anliegen zu geben, die ehemalige Wehrkundetagung als öffentlichkeitswirksame Propagandamöglichkeit für die Ideologie der Unverzichtbarkeit militärischer Gewalt zu nutzen. Die Münchner Sicherheitskonferenz soll in der deutschen Bevölkerung den Glauben stärken, dass Sicherheit, Wohlstand und nationale Selbstbestimmung letztlich auf militärischer Stärke und auf Bündnisbildung gegenüber möglichen Feinden gründen. Dies wurde insbesondere bei der Konferenz 2014 durch die Propagandaoffensive zum Thema „Neue deutsche Verantwortung“ mit Reden von Gauck, Steinmeier und von der Leyen deutlich, deren Erfolg Konferenzleiter Ischinger ausdrücklich begrüßte.“

Die Studie kann seit 10.03.2016 hier abgerufen werden:

<https://www.otto-brenner-shop.de/publikationen/obs-arbeitspapiere/shop/obs-arbeitspapier-nr-21-ausverkauf-des-journalismus.html>

https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/AP21_Lobby_final.pdf